

Antrag 57/II/2021**FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Für eine verantwortungsvolle Rüstungspolitik: bewaffnete Drohnen nur unter strengen Kriterien!**

1 Der Bezeichnung bewaffneter Drohnen als „ethisch neu-
2 tral“ durch den ehem. Verteidigungsminister Thomas de
3 Maizière widersprechen wir vehement. Die Erforschung,
4 Entwicklung, Beschaffung und der Einsatz von Waffen in
5 militärischen Konflikten sind immer ethisch zu bewerten.
6 Das bedingt eine intensive politische Debatte und den an-
7 dauernden Einsatz für Regeln und Standards in ihrer Ver-
8 wendung. In Deutschland fällt diese Verantwortung ins-
9 besondere dem Bundestag zu. Da der Einsatz von Bun-
10 deswehrsoldat*innen parlamentarisch legitimiert ist, ist
11 das deutsche Parlament zu deren bestmöglichem Schutz
12 ethisch und verfassungsrechtlich verpflichtet.

13

14 Seit Jahren fordert die Bundeswehr zum Schutz ihrer
15 entsandten Soldat*innen die Begleitung ihrer laufenden
16 Mandate durch bewaffnete Drohnen der Bundesrepublik.

17

18 Die SPD-Fraktion hat diese Fragen in der letzten Legisla-
19 turperiode durch eine Reihe öffentlicher Runden und An-
20 hörungen einer völkerrechtlichen und ethischen Prüfung
21 unterzogen. Im Zuge dieser Prüfung hat sie einen Kriterien-
22 katalog sowie ein Fachkonzept entwickelt, durch wel-
23 che sichergestellt werden soll, dass bewaffnete Drohnen
24 im Rahmen von Bundestagsmandaten der Bundeswehr
25 ausschließlich zum Schutz von Einsatzkräften im aktiven
26 Gefecht verwendet werden. Wir befürworten die Veranker-
27 ung dieses Kriterienkatalogs für die Beschaffung und den
28 Einsatz bewaffneter Drohnen durch die Bundesregierung
29 – und perspektivisch auch im Rahmen einer vertieften eu-
30 ropäischen Sicherheits- und Verteidigungskooperation im
31 Sinne der „Europäischen Souveränität“.

32

33 **Wir fordern:**

- 34 1. Die Beschaffung und die Mandatierung des Einsatz-
35 zes bewaffneter Drohnen durch den Bundestag aus-
36 schließlich unter durch die SPD durchgesetzten Kri-
37 terienkatalog.
- 38 2. Den unermüdlichen Einsatz für eine mit dem hu-
39 manitären Völkerrecht konforme Standardsetzung
40 und Regulierung von Forschung, Beschaffung, und
41 Einsatz von automatisierten Waffen und Waffen-
42 systemen innerhalb der betreffenden multilateralen
43 Gremien für Rüstungskontrolle. Dies schließt
44 insb. auch die stärkere internationale Regulierung
45 von Einsätzen in asymmetrischen Konflikten unter
46 Einbeziehung der Bevölkerungen in den betroffenen
47 Ländern mit ein.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK**

Die Sozialdemokratische Partei als älteste demokratische Partei Deutschlands sieht sich in der Tradition einer wirk- samen Politik der Friedenssicherung und -förderung. Sie hat in ihrer mehr als 150-jährigen Geschichte immer wie- der erfahren, dass Kriege und Waffen entsetzliches Leid über Bevölkerung und Gemeinwesen bringen, aber Kon- flikte nicht überwinden.

Vor diesem Hintergrund und mit Verweis auf die be- stehende Beschlusslage lehnen wir die Anschaffung und den Einsatz bewaffneter Drohnen weiterhin grundsätz- lich ab und fordern ihre weltweite Ächtung.

Die im Koalitionsvertrag eröffnete Möglichkeit der An- schaffung bewaffneter Drohnen in der Legislaturperiode 2021-2025 lehnen wir ab. Im Falle einer Umsetzung die- ser Festlegung verlangt dies die Festsetzung strengstmög- licher Kriterien für Anschaffung, Einsatz, Mandatierung und öffentliche Unterrichtung.

Diese Verantwortung fällt insbesondere dem Bundestag zu. Da der Einsatz von Bundeswehrsoldat*innen parla- mentarisch legitimiert ist, ist das deutsche Parlament zu deren bestmöglichem Schutz ethisch und verfassungs- rechtlich verpflichtet – ebenso wie zum öffentlichen Dia- log mit der Bevölkerung.

Die SPD-Fraktion im vorherigen Deutschen Bundestag hat diese Fragen - durch eine Reihe öffentlicher Runden und Anhörungen auch völkerrechtlich und ethisch erörtert. In der Folge hat sie bereits einen Kriterienkatalog sowie ein Fachkonzept entwickelt, durch welche sichergestellt wer- den soll, dass bewaffnete Drohnen im Rahmen von Bun- destagsmandaten der Bundeswehr ausschließlich zum Schutz von Einsatzkräften im aktiven Gefecht verwendet werden. Ebenso hat die Drohnenkommission des SPD Par- teivorstands eine Reihe von Kriterien empfohlen. Die Ver- ankerung und Umsetzung beider Kriterienkataloge für die Beschaffung und den Einsatz bewaffneter Drohnen durch die Bundesregierung – und perspektivisch auch im Rah- men einer vertieften europäischen Sicherheits- und Ver- teidigungskooperation im Sinne der „Europäischen Sou- veränität“ ist Voraussetzung für jedwede Verwendung, auch durch Nutzung dieser Waffensysteme in Kooperati- on mit anderen Armeen.

Darüber hinaus fordern wir die folgenden weitergehen- den Bedingungen:

- 1.
2. Den unermüdlichen Einsatz für eine mit dem humanitären Völkerrecht konforme Regulierung von Forschung, Be- schaffung, und Einsatz von automatisierten Waffen und

- 48 3. Die Schaffung von weiteren diplomatischen Stellen
49 innerhalb des AA und BMVg sowie zur Entsendung
50 in internationale Organisationen für Expert*innen
51 im Bereich der Rüstungskontrolle zu automatisier-
52 ten Waffen um die Regulierung weiter im Sinne der
53 Bundesregierung und des Bundestags voranzutreiben.
54 Dies schließt auch die andauernde Erstellung
55 und Weiterentwicklung von einsatzdefinierenden
56 Statements, Rules of Engagement, öffentlich verfü-
57 gbaren Grundlagedokumenten oder konkretisier-
58 enden Formulierungen in zukünftigen Koalitions-
59 verträgen ein, die neue wissenschaftliche und ethi-
60 sche Erkenntnisse sowie technologische Entwick-
61 lungen mit einbeziehen.
- 62 4. Die Förderung und Beauftragung wissenschaft-
63 licher Studien zu den gesundheitlichen Folgen
64 des Einsatzes für Drohnenpilot*innen, insbesondere
65 psychologischer Druck und posttraumatische Belas-
66 tungsstörungen sowie die Entwicklung von psycholo-
67 gischen Begleitprogrammen zur Sicherstellung ihrer
68 mentalen Gesundheit.
- 69 5. Die intensive Erforschung des sog. „Joystick“ –
70 Phänomens und Methoden, wie einer möglichen
71 Enthemmung der Soldat*innen in Verbindung mit
72 dem Einsatz bewaffneter Drohnen und anderer teil-
73 automatisierter Waffen und Waffensysteme, so-
74 weit festgestellt, langfristig entgegengewirkt wer-
75 den kann.
- 76 6. Die Gründung eines regelmäßig tagenden öf-
77 fentlichen virtuellen Forums der Arbeitsgemein-
78 schaft Sicherheits- und Verteidigungspolitik der
79 SPD-Fraktion in Zusammenarbeit mit der Wehr-
80 beauftragten des Bundestags, um aktuelle sowie
81 langfristige sicherheitspolitische Fragen, bspw.
82 durch das Einladen von Expert*innen aus Forschung
83 und Praxis, für die Basis zu beleuchten und den
84 ehrlichen sicherheitspolitischen Diskurs mit den
85 Parteimitgliedern zu suchen.

86

87

Begründung

89 Die durch die SPD-Fraktion entwickelten Kriterien für die
90 Beschaffung bewaffneter Drohnen sind mittlerweile Ko-
91 alitionskonsens. Sie haben nichts mit der Durchführung
92 von gezielten Tötungen US-amerikanischer Drohnenpro-
93 gramme gemein und könnte durch die skalierbare, präzi-
94 sere Bewaffnung auch die Gefahr ziviler Opfer in Gefech-
95 ten reduzieren.

96

97 Die Eskalationslogik des Wettrüstens lässt sich im Kon-
98 text der Beschaffung bewaffneter Drohnen für die Bun-
99 deswehr nicht anwenden. Drohnen übernehmen Rollen,
100 die unter anderen Umständen mit geringerer Wirksam-

Waffensystemen auch in den betreffenden multilateralen
Gremien für Rüstungskontrolle. Dies schließt insb. auch
die stärkere internationale Regulierung von Einsätzen in
asymmetrischen Konflikten unter Einbeziehung der Be-
völkerungen in den betroffenen Ländern mit ein.

3. Die Schaffung von weiteren diplomatischen Stellen in-
nerhalb des AA und BMVg sowie zur Entsendung in in-
ternationale Organisationen für Expert*innen im Bereich
der Rüstungskontrolle zu automatisierten Waffen um die
Regulierung mit der Zielsetzung der weltweiten Ächtung
voranzutreiben.

4. Die Förderung und Beauftragung wissenschaftlicher
Studien zu den gesundheitlichen Folgen des Einsatzes
für Drohnenpilot*innen, insbesondere psychologischer
Druck und posttraumatische Belastungsstörungen sowie
die Entwicklung von psychologischen Begleitprogram-
men zur Sicherstellung ihrer mentalen Gesundheit.

5. Die intensive Erforschung des sog. „Joystick“ – Phäno-
mens und Methoden, wie einer möglichen Enthemmung
der Soldat*innen in Verbindung mit dem Einsatz bewaff-
neter Drohnen und anderer teilautomatisierter Waffen
und Waffensysteme, soweit festgestellt, langfristig ent-
gegengewirkt werden kann.

6. Die Gründung eines regelmäßig tagenden öffentlichen
virtuellen Forums der Arbeitsgemeinschaft Sicherheits-
und Verteidigungspolitik der SPD-Fraktion.

101 keit und aufgrund geringerer Präzision höherem Risiko zi-
102 viler Opfer von bemannten Missionen oder Raketen erfüllt
103 werden.

104

105 Bundestag und Bundesregierung tragen jedoch nicht nur
106 gegenüber ihren eigenen Soldat*innen eine Schutzverant-
107 wortung. Auch global soll und muss Deutschland proaktiv
108 den Diskurs um Rüstungskontrolle und Regelsetzung für
109 die Anwendung militärischer Waffensysteme beeinflus-
110 sen. Zuletzt muss auch das erklärte Ziel der SPD der „Eu-
111 ropäischen Souveränität“ im Blick behalten werden. Die-
112 se kann und wird nur durch eine vertiefte sicherheits- und
113 verteidigungspolitische Zusammenarbeit der EU-Partner
114 zu erreichen sein. Das Verweigern bzw. im Falle der Pro-
115 jekte FCAS und EuroMale der Abbruch von Forschungs-
116 operation und perspektivisch gemeinsamer Anschaffung
117 moderner Waffensysteme schwächt die europäische Fä-
118 higkeit, eine dem humanitären Völkerrecht entsprechen-
119 den einheitlichen Standardsetzung in der Einsatzregelung
120 zu bekräftigen.